

Ein "Märtyrer des Friedens"

von Thomas Ruttig

In der Nacht zum 27. September 1996 fiel die afghanische Hauptstadt Kabul an die ultraislamistischen Taleban. Eine ihrer ersten Amtshandlungen: der Mord am ehemaligen Staats- und Parteichef Najibullah.

Der genaue Ablauf der Mordes an Najibullah (er trug, wie viele Afghanen, nur einen Namen; Kurzform: Najib) ist auch ein Jahr nach den Kabuler Ereignissen vom 27. September 1996 noch nicht in Gänze klar. Doch auf einer Gedenkveranstaltung genau ein Jahr später in Berlin, die in Deutschland lebende Familienangehörige organisiert hatten und an der fast 200 Exilafghanen teilnahmen, wurden neue Einzelheiten bekannt. Nek Mohammad, Schwager des Ermordeten und Parlamentsabgeordneter unter dem afghanischen König, berichtete von einem Brief, der ihn über die den Mujahedin nahestehende Zeitung 'Mujahed Ulus' in Norwegen erreicht habe. Absender: Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar höchstpersönlich. Omar habe darin den Mord bedauert und erklärt, daß er nicht den Auftrag dafür gegeben habe. Für den Empfänger ist das ein weiterer Beweis dafür, daß pakistanische Kreise die eigentlichen Verantwortlichen für die auch von der UNO verurteilte Ermordung sind.

Bestätigt wurde von den Veranstaltern auch, daß Najibullah kurz vor seiner

Ermordung mehrere Dokumente unterzeichnen sollte. Sein persönliche Adjutant und der Leibwächter, die aus Kabul entkommen konnten, hätten bestätigt, daß sie Najib von Pakistans damaligen Innenminister, General Naseerullah Babur, persönlich vorgelegt worden seien. Babur spielte eine Schlüsselrolle bei der Entstehung der Taleban und soll zumindest einige ihrer Aktionen persönlich geleitet haben. Darunter habe sich eine Erklärung befunden, in der Najibullah - rückdatiert - die sogenannte Durand-Linie als offizielle Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan anerkennen sollte. Der Ende des vergangenen Jahrhunderts Afghanistan von der britischen Kolonialmacht in Indien (zu dem das heutige Pakistan gehörte) dem damaligen Emir Abdurrahman Khan oktroyierte Grenzverlauf - bezeichnet nach dem mit der Aufgabe betrauten britischen Kolonialbeamten - ist von Afghanistan niemals offiziell anerkannt worden. Es heißt in manchen Quellen, Abdurrahman sei einem semantischen Fehler aufgesessen: "Frontier" bezeichnet im Englischen eine Linie, während "Sarhadd" im

Perischen für ein Grenzgebiet, d.h. eine Fläche, stehe - ähnlich der (Grenz)Mark im Deutschen.

Während der Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan über den Abzug der sowjetischen Truppen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre unter UN-Schirmherrschaft hatte Kabul Pakistan angeboten, die Grenze anzuerkennen, wenn Pakistan im Gegenzug nicht mehr die afghanischen Mujahedin unterstütze. Dazu war es jedoch nicht gekommen.

Von Pakistan wird die offene Grenzfrage als äußerst bedrohlich für den Bestand des Staates empfunden. Die von den Briten abgetrennten ehemaligen afghanischen Gebiete bilden zwei der vier Provinzen des Landes mit etwa der Hälfte der gesamten Staatsfläche und wichtigen Rohstoffvorkommen. Verschiedene afghanische Regierungen, nicht nur die Najibullahs, unterstützten deshalb proafghanische Autonomie- und Separatistenbewegungen der paschtunischen und beluchischen Stämme in Pakistan. Pakistan seinerseits setzte auf Mujahedin-Gruppen, wie die des Radikalislamisten Gulbuddin Hekmatyar, die keine Territorialansprüche stellten und im Gegenteil eine Föderation mit Pakistan befürworteten. Auch die Taleban haben keinerlei territorialen Ambitionen erkennen lassen und sind ohnehin völlig von pakistanischer Logistik und zunehmend von pakistanischen Rekruten abhängig.

Najibullahs Weigerung, das brisante Dokument zu unterschreiben, sei sein Todesurteil gewesen. Ein - angebliches - Taleban-Kommando holte ihn darauf aus einem Kabuler UN-Gebäude, das von den Wachen verlassen worden war, mißhandelte ihn brutal, exekutierte ihn und stellte seinen Leichnam öffentlich zur Schau. Offizielle Lesart: Ein islamisches Gericht habe ihn wegen "Mordes am afghanischen Volk" zum Tode verurteilt.

Najibullah wird heute von ehemaligen Mitgliedern seiner 'Vaterlandspartei' ('Hezb-e Watan') als "Märtyrer des Friedens und der nationalen Aussöhnung" bezeichnet. Sie versuchen im Exil, unter seinem Bild die Partei wiederherzustellen, die er bis 1992 geführt hatte. Dabei rivalisieren jedoch mehrere



Najibullah und sein Bruder, aufgehängt an einem Laternenpfahl

Gruppen miteinander. Eine "Gesamtkonferenz" der Watan-Partei, die im Juni mit Beteiligung aus ganz Westeuropa und Südasien in München deren Wiedergründung beschloß und den 40jährigen Mohammad Isa zum Vorsitzenden wählte, wird von anderen Gruppen nicht anerkannt.

Die Watan-Partei ging aus einer Umbenennung der 1965 gegründeten und 1978 an die Macht gelangten 'Demokratischen Volkspartei Afghanistans' (DVPA) hervor, die unter Najibs Führung vollzogen wurde. Damit sollte im Rahmen der "Politik der nationalen Aussöhnung" eine Abkehr vom marxistischen Gedankengut signalisiert werden. An dessen Stelle trat eine national-islamische Ausrichtung. Während große Teile der Bevölkerung und die Gegner des Nadjib-Regimes ihr diese Wandlung nicht abnahmen, werteten verschiedene

Gruppen innerhalb der Partei dies als "Verrat an der Revolution" (Gorbatschow mußte sich nach dem Beschluß über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ähnliche Vorwürfe gefallen lassen). Dabei tat sich besonders die 'Partscham'-Fraktion (Banner) hervor, die neben 'Khalq' (Volk) die wichtigste DVPA-Komponente dargestellt hatte und vom inzwischen verstorbenen Ex-Parteichef Babrak Karmal und seinem Halbbruder Mahmud Baryalai angeführt wurde.

Isa, ehemaliger hauptamtlicher Parteifunktionär beim Geheimdienst KhAD in Kabul, erklärte, daß seine Gruppierung sich von "Linksextremisten" distanzieren, welche die sowjetischen Truppen ins Land geholt und "fremde sozialistische Rezepte kopiert" hätten. Laut Beschluß des neuen Zentralkomitees dürfen hohe Funktionäre der alten Parteiführung, be-

sonders aus dem Umfeld des Ende 1996 in Moskau verstorbenen Exparteichefs Babrak Karmal, nicht Mitglieder der wiedergegründeten Partei werden.

Auch eine Gruppe um den heute im Rheinland lebenden ehemaligen Grenz- und Stammesminister Suleiman Laeq bleibt auf Distanz zur Isa-Gruppe. Sie steht der ehemaligen 'Khalq'-Fraktion nahe und bezeichnete sich in einer Erklärung unmittelbar nach dem Mord an Najib als "Gruppe ehemaliger DVPA-Mitglieder". Schon in der Wahl der Parteibezeichnung wird so die Differenz deutlich.

Die schon während ihrer Regierung von 1978 bis 1992 von notorischen Fraktionskämpfen geplagte Partei "ist heute gespaltener denn je", so ein afghanischer Teilnehmer der Berliner Gedenkfeier. Er will, wie viele andere, allen Nachfolgruppierungen fernbleiben.

Die Taleban im Rückwärtsgang

von Thomas Ruttig

Ein gutes Jahr nach ihrem Einzug in der afghanischen Hauptstadt Kabul sind die Taleban kaum einen Meter weiter vorwärts gekommen. Ihr Ziel, ganz Afghanistan unter Kontrolle zu bringen und einen "rein islamischen Staat" zu errichten, liegt damit immer noch in weiter Ferne. Jüngste militärische Erfolge, die sie - im Mai und September - jeweils für einige Tage in die Hauptstadt ihrer Gegner, Mazar-e Sharif im Norden des Landes, einziehen ließen, konnte die radikal-islamistische Bewegung nicht konsolidieren, sie mußte sogar empfindliche Rückschläge hinnehmen.

Das gestattete es ihnen in der 'Nationalen Islamischen Front zur Rettung Afghanistans' zusammengeschlossenen Gegnern auch, Verhandlungsangebote der Taleban zurückzuweisen. Die hatten sich Ende August Verteidigungsminister Ahmad Schah Masud und Schiftenchef Abdulkarim Khalili erstmals direkte Gespräche angeboten, dabei aber den dritten im Bunde, Usbekenführer Abdulmalek Pahlawan, "vergessen". Masud und Khalili lehnten deshalb ab.

Nach einem Treffen mit dem pakistanischen Premierminister Nawaz Sharif unterbreitete Taleban-"Regierungschef" Mullah Mohammad Rabbani im Oktober

ein neues Angebot. Ein Masud-Sprecher meinte am 19. Oktober jedoch, Gespräche mit den Taleban in Pakistan - wie von diesen vorgeschlagen - seien solange nutzlos, wie Pakistan die Taleban unterstütze.

Anfang Oktober mußten die Taleban bestätigen, daß sie mit Tashqurghan (auch als Kholm bekannt) eine strategisch wichtige Stadt an die Allianz ihrer Gegner verloren haben, die an einem wichtigen Straßenknoten liegt. Hier laufen die östliche Zufahrtsstraße nach Mazar, kaum 40 Kilometer entfernt, sowie die Salang-Route in Richtung Süden nach Kabul zusammen. Von hier aus hatten die Taleban auch ihren letzten Angriff auf Mazar gestartet. Zuvor hatten ihre Gegner ihnen auch den Flughafen Hairaton am Amu-Darya direkt an der Grenze zu Usbekistan wieder abgejagt.

Dort mündet, über die von der Sowjetunion errichtete frühere "Brücke der Freundschaft", die einzige Landverbindung zwischen Afghanistan und der GUS. Über Hairaton bekam die Anti-Taleban-Allianz einen Teil ihres Nachschubs von ihrem Verbündeten, dem usbekischen Staatspräsidenten Islam Karimow.

Dagegen halten die Taleban weiter östlich die Provinz Kunduz an der Grenze zu Tadjikistan und blockieren ihren Gegnern damit die Direktverbindung von Mazar-e Scharif zu einem weiteren Verbündeten. Der tadjikische Präsident Emomali Rahmonow hat, auf russischen Druck, der Anti-Taleban-Allianz einen Luftstützpunkt zur Verfügung gestellt, über den iranische - und wohl auch russische - Waffen geliefert werden.

Angesichts dieser Konstellation hat sich der relativ klare Frontverlauf zwischen den Taleban (Süd- und Westafghanistan) und ihrer Gegnern (Nord- und Nordostafghanistan) aufgelöst. Denn die 2.000 bis 3.000 Mann starke Taleban-Gruppierung von Kunduz ist vom Hauptkontingent ihrer Bewegung in Kabul abgeschnitten. Nur über den Flugplatz dieser Stadt kann sie aus Kabul mit Nachschub versorgt werden. Früher im Jahr hatte ein gegnerischer Kommandant eine Brücke der Salang-Route gesprengt und ihr damit den Rückweg nach Kabul abgeschnitten. Ausbruchversuche in diese Richtung schlugen fehl, und so machten die Taleban aus der Not eine Tugend: Sie wandten sich, diesmal mit Hilfe eines abtrünnigen Kommandanten der Gegen-